Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 23 - 2015

Freihandel **Seite 3**

Asbest- und seine Opfer **Seite 11**

Käthe Popall **Seite 16**

DIESEN HANDSCHLAG MÜSSEN WIR VERHINDERN!

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

In diesem Jahr grüßen wir euch mit unserer ersten Ausgabe. 2015 wollen wir drei Hefte herausgeben. Das große Interesse ermutigt uns dazu.

Das erste Heft in diesem Jahr greift wie immer aktuelle Themen auf. Das ist zum Einen das Thema Freihandelsabkommen mit TTIP und TISA, die Einfluss auf unser aller Leben nehmen werden – und wo wir selbst auch noch Einfluss nehmen können und sollten. Das ist zum Anderen das, was sich in Deutschland – und auch in anderen Ländern – zusammenbraut zum Thema Fremdenfeindlichkeit und Zukunftsängste. Diese Themen werden uns als aktive Ältere sicher auch noch weiter beschäftigen.

Treu bleiben wir uns auch, indem wir euch weiter an Menschen und Probleme aus der Arbeiterbewegung und der Politik erinnern, die für uns wichtig erscheinen. In diesem Heft tun wir das mit Beiträgen über die erste Senatorin in Bremen Käthe Popall, über Textilarbeiterinnen aus Italien und über Asbest-Opfer.

Viel Spaß beim Lesen. Wir freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe.

In eigener Sache

Alle Ausgaben unserer Zeitung „Wir" sind im Internet als PDF-Dateien einsehbar:
www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir

Inhalt

Freihandel – woher kommt das – was ist das? 3
Interview mit Bernd Lange über die Freihandelsabkommen 5
Bemerkungen zu Bernd Langes Interview 8
Freihandel klingt gut – für Ältere ist's Schiet 9
Asbest - und seine Opfer 11
Kein Mensch verlässt ohne Not seine Heimat 13
Es braut sich was zusammen in Deutschland 15
„Das ist nicht das Deutschland, für das wir gekämpft haben". 16
Italien: Textilarbeiterinnen 21
Wie geht es mit der Planung des neuen Hulsberg Viertels weiter? 22
Leserbriefe 23

Freihandel – woher kommt das – was ist das?

Was ist eigentlich Freihandel? Ich geh zum Markt und kaufe vom Obst- und Gemüse-Bauern oder vom Fischhändler, was ich brauche, um gut zu essen. Bio oder nicht – es soll gute und frische Ware sein, für die ich einen angemessenen Preis zahle. Oder ich geh zum Händler um die Ecke, bei dem ich schon 30 Jahre einkaufe und der sich müht angesichts der übermächtigen Konkurrenz der Supermarktketten oder aus dem Internet zu überleben.

Internationaler Freihandel funktioniert anders: Die Idee vom Freihandel ist im 18. Jahrhundert in Großbritannien entstanden, nachdem sich die dortige Wirtschaftskraft über 200 Jahre durch hohe Schutzzölle abgeschottet hatte. Der nun hoch entwickelten einheimischen Industrie sollte Freihandel möglichst günstige Bedingungen auf Kosten weniger entwickelter Länder, die über wichtige Rohstoffe verfügten und neue Märkte eröffneten, herstellen. Das geschah in der Praxis vor allem durch militärische Unterwerfung rohstoffreicher Länder als Kolonien. Frei waren bei diesem Handel also nur die politisch und militärisch Mächtigeren. Dagegen wehrten sich zunächst auch die USA nach der erkämpften Unabhängigkeit von Großbritannien – sie wollten ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung ohne einseitige Knebelverträge vorantreiben.

Durch Befreiungsbewegungen der kolonisierten Völker – befördert durch die Weltkriege – mussten die einseitigen Handelsbeziehungen auf eine neue Grundlage gestellt werden. Im Rahmen der Konferenz von Bretton Woods 1944 wurde für den Welthandel eine Institution der UNO angestrebt, die International Trade Organization (ITO), die möglichst viele Staaten auf der Grundlage von Gleichberechtigung der Staaten, der UN-Menschenrechte und des Völkerrechts umfassen sollte.

Die USA – inzwischen die politisch und wirtschaftlich erstarkte Weltmacht Nummer 1 – verhinderten diesen Zusammenschluss und setzten stattdessen in ihrem Einflussbereich ein Freihandelsabkommen durch, das ihre wirtschaftliche und politische Macht festigen sollte und das neben den Staaten des entstehenden Ostblocks und China auch afrikanische Länder ausschloss, die auf dem Weg waren sich aus kolonialer Abhängigkeit zu befreien: Das General Agreement of Tariffs and Trade (GATT).

Mit der Globalisierung und Weiterentwicklung der Weltwirtschaft in den 90er Jahren reichte das Handelsabkommen GATT nicht mehr aus: die World Trade Organization (WTO) wurde gegründet. Sie umfasste das GATT-Abkommen, dazu kamen Abkommen über Dienstleistungen (GATS) und über den Schutz geistigen Eigentums (TRIPS).

Die WTO enthält also schon wesentliche Elemente der jetzt neu geplanten oder schon beschlossenen Abkommen zwischen den großen Wirtschaftsräumen, die jetzt heftig diskutiert werden.

Warum also diese neuen Abkommen – TTIP[1] und TISA[2] und die vielen bilateralen Abkommen zwischen einzelnen Staa-

[1] **TTIP: Transatlantic Trade and Investment Partnership** (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft)

[2] **TISA: Trade in Services Agreement** (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen). Ziel ist die Beseitigung von Handelshemmnissen im Dienstleistungssektor. TiSA ist ein Nachfolgeabkommen des General Agreement on Trade in Services der WTO, kurz GATS (1995).

ten oder z.B. der EU mit einzelnen Staaten oder Wirtschaftszonen?

Die WTO reicht den mächtigen Industriestaaten nicht mehr, um ihre Ziele zu verfolgen, nämlich ihre wirtschaftliche und politische Macht gegenüber den aufstrebenden so genannten Schwellenländern Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (BRICS) und den Entwicklungsländern zu behaupten. Die WTO enthält viele Absichtserklärungen und Ausnahmereglungen für Entwicklungsländer und – was besonders wichtig ist, alle Staaten sind formal gleichberechtigt. Jedes Land hat eine Stimme. Änderungen erfordern die Zustimmung aller beteiligten Staaten. So hat es immer ein zähes Ringen vor allem mit Entwicklungsländern um die Regelungen gegeben, von denen sie Nachteile erwartet haben. Erst vor wenigen Monaten hat sich z.B. Indien geweigert, ein Abkommen zu unterschreiben, das es der Regierung ab 2017 verboten hätte, die einheimische Kleinbauernschaft zu subventionieren, die ums Überleben kämpft. Solche „Befindlichkeiten“ und die Möglichkeit einzelner Staaten oder Staatengruppen Abkommen zu torpedieren, sind den mächtigen Industriestaaten ein Dorn im Auge.

Sie bilden Freihandelszonen, die den beteiligten Staaten Vorteile bieten sollen, immer aber zu Lasten anderer gehen. Sie erhöhen damit weltweit die Gefahr von ökonomischen Krisen und Konflikten, aus denen auch die Kriegsgefahr wächst.

Auch innerhalb der Freihandelszonen gibt es Gewinner und Verlierer der Zusammenschlüsse. Bei TTIP, das die EU und die USA umfassen soll, würden von europäischer Seite z.B. deutsche Automobilhersteller und Chemiekonzerne von einer Vereinheitlichung der Standards profitieren. Von Seiten der USA z.B. die Energie- und die industrielle Landwirtschaft. Es profitieren einzelne Bereiche der Wirtschaft, vor allem die großen transnationalen Konzerne – andere erleiden Nachteile.

Zentrale Kritikpunkte gegen TTIP und TISA:

Innerhalb ihres Geltungsraums, also beispielweise USA und EU (TTIP) bzw. Kanada und EU (CETA) – sichert sie den Vorrang von Konzerninteressen vor denen der Allgemeinheit. Bei TISA, das außer den bei TTIP beteiligten Wirtschafträumen auch asiatische Staaten erfasst, geht es um die Liberalisierung des Dienstleistungssektors (siehe der Artikel „Freihandel – klingt gut, für Ältere ist’s Schiet?“)

Im Kern verfolgen all diese Verhandlungen ein vergleichbares, rein an unternehmerischen Interessen ausgerichtetes Programm. Jedes Abkommen bildet die Basis für das nächste Vertragswerk innerhalb einer ewig laufenden Maschinerie von Verhandlungen und Neuverhandlungen. Hart erkämpfte Ausnahmeregelungen, beispielsweise zum Schutz öffentlicher Dienste oder zur Ausklammerung der Regulierung von Finanzdienstleistungen aus den Investitionsschutz-Vereinbarungen zwischen Staaten und Investoren, stehen in der nächsten Gesprächsrunde wieder zur Disposition. Darüber hinaus gilt für diese Verhandlungen der Grundsatz der Geheimnistuerei und Verschleierung, solange die Öffentlichkeit das zulässt.

Zu diesem Programm gehören auch die privaten, nicht öffentlichen Schiedsgerichte und die praktische Unumkehrbarkeit von Privatisierungen durch Regierungen oder Volksentscheide. Nationale Gesetzgebung in unserem Interesse und die Rechtsprechung wird ausgehebelt, Konzerne können ihre Interessen unkontrollierter durchsetzen. Damit wird die Demokratie in ihrem Kern ausgehöhlt, obwohl ihre Institutionen formal erhalten bleiben.

Das Problem ist nicht die Globalisierung des Handels, sondern im Gegenteil die Abschottung der reichen Industriestaaten auf Kosten der übrigen.

Traudel Kassel

Interview mit Bernd Lange über die Freihandelsabkommen

Überall liest man von den „Freihandelsabkommen" TTIP oder CETA. Was sind überhaupt „Freihandelsabkommen"?

Freihandelsabkommen sind völkerrechtliche Verträge, die den Handel zwischen den vertragsschließenden Staaten stärken sollen. In Freihandelsabkommen versuchen die Vertragspartner zwischen ihren Wirtschaftsräumen Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse (wie zum Beispiel Einfuhr- oder Ausfuhrverbote bestimmter Produkte) abzubauen. In Gesprächen über neue Freihandelsabkommen wie TTIP (ein mögliches Abkommen der EU mit den USA) und CETA (ein Abkommen zwischen EU und Kanada) wird auch über den Marktzugang für Dienstleistungen und eine mögliche Kooperation bei der Standardsetzung verhandelt. Ein weiterer Bestandteil moderner Handelsverträge sind Vorschriften über Arbeits- und Umweltstandards.

Wer profitiert an so einem Abkommen?

Als stark exportorientiertes Land wird die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland natürlich positiv beeinflusst. Heute vollzieht sich die industrielle Produktion in globalen Wertschöpfungsketten. Besonders deutlich wird dies, wenn man sich bewusst macht, dass circa 40% der europäischen Exportprodukte aus importierten Vorprodukten bestehen. Deswegen sind gute Handelsregeln elementar für die Wertschöpfung in Europa. Im optimalen Fall profitieren also Verbraucher, Arbeitnehmer und Unternehmen verschiedener Größe von solchen Abkommen. Bezogen auf das aktuell in der Verhandlung stehende TTIP-Abkommen wollen wir erreichen, dass die Kosten und Verfahren für den Warenaustausch zwischen den beiden Handelspartnern gesenkt werden und der Zugang zum amerikanischen Markt besonders für kleine und mittlere Unternehmen aus der Europäischen Union geöffnet wird. Damit werden Arbeitsplätze bei uns gestärkt und Mittel für Investitionen frei.

Wofür steht „TTIP" und „CETA"? Was ist besonders daran?

Das Besondere an diesen beiden Abkommen ist, dass sie eine Verbindung zwischen dem größten gemeinsamen Markt der Erde, dem der EU, und dem nordamerikanischen Kontinent schaffen. Zusammen machen die EU und USA fast 50 Prozent der Weltproduktion aus.

Bereits heute sind die Einfuhrzölle auf beiden Seiten des Atlantiks niedrig. Aufgrund des großen Handelsvolumens zwischen der EU und den USA fallen sie dennoch ins Gewicht. So könnte das Wegfallen von Export- und Importzöllen allein die EU-Automobilindustrie jährlich um 1,6 Milliarden Euro entlasten und zu einer Steigerung der Exporte und mehr Investitionen führen. Es ist auch nicht akzeptabel, dass ein VW-Bus oder ein Daimler-Sprinter als landwirtschaftliches Fahrzeug im US-Zollsystem eingestuft und somit nicht mit 2,5%, sondern mit 25% Zoll belegt wird. Durch eine stärkere Abstimmung bei Regelungen und Normen würden weder für die Sicherheit noch für die Umwelt relevante Unterschiede bei roten (USA) oder gelben (EU) Blinklichtern oder Crashtest-Anforderungen für Autos gegenseitig anerkannt werden. Die Erfüllung solcher Anforderungen durch US-Regeln erfordern bisher im Maschinenbau Mehrkosten von 5-20%, was die Wettbewerbsposition europäischer Anbieter verschlechtert.

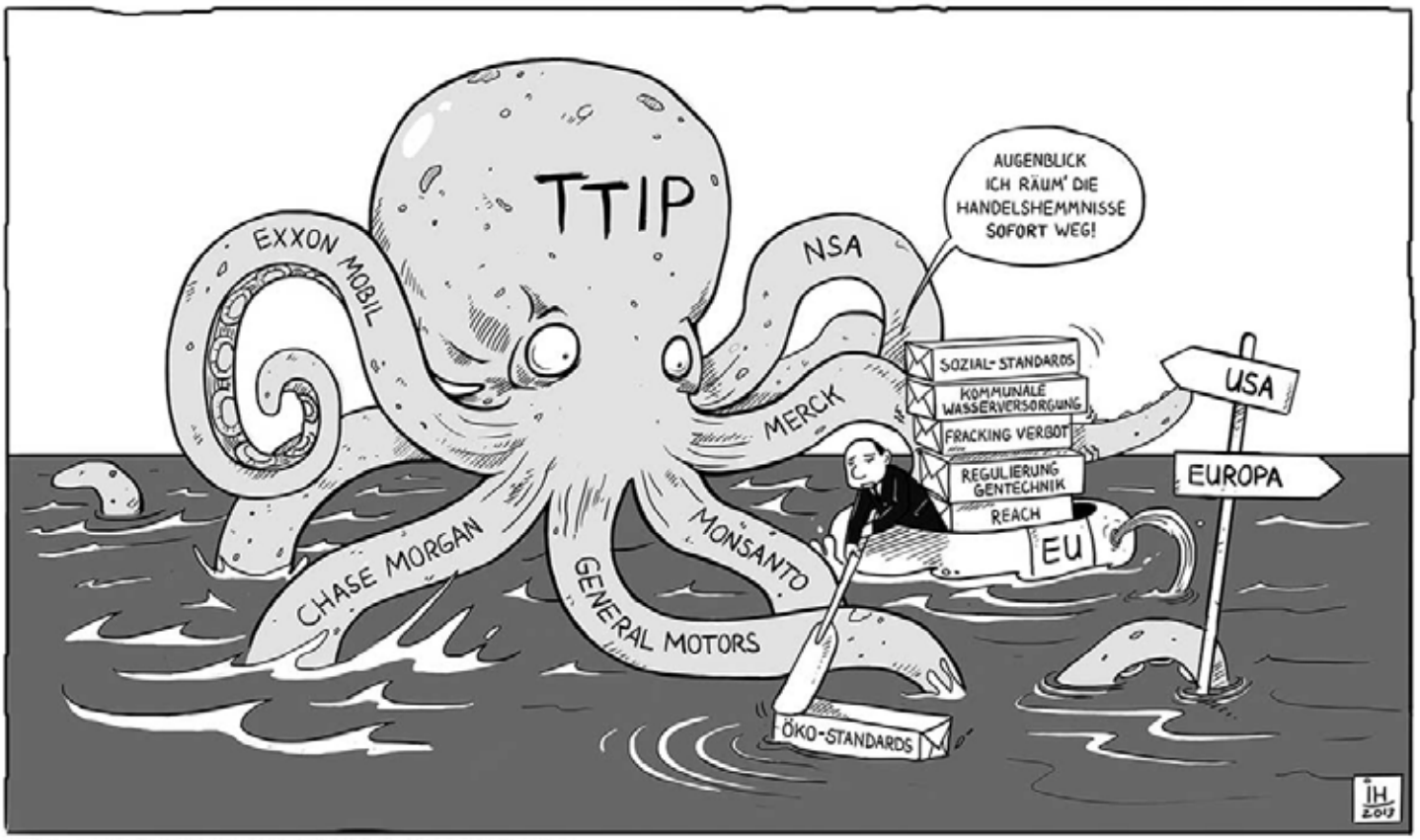
Auch würden europäische Ingenieurbüros, Architekten, Kreativbüros, unter-

Fragen: Wolfgang Bielenberg und Orhan Çalışır

***Bernd Lange**, geboren am 14. November 1955 in Oldenburg. Seit 1974 ist er Mitglied in der SPD und seit 1979 in der IG Metall. Von 1994 bis 2004 war Bernd Lange Europaabgeordneter aus Niedersachsen.*

Zwischen 2005 und 2009 leitete er die Abteilung „Wirtschaft, Umwelt und Europa" beim DGB-Bezirk Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt.

Seit 2009 ist Bernd Lange wieder im Europäischen Parlament als Abgeordneter tätig und dort seit 2014 als Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel unter anderem zuständig für die Handelsabkommen TTIP und CETA.



TTIP = TRANSATLANTIC TRADE AND INVESTMENT PARTNERSHIP

nehmensnahe Dienstleister und viele mehr gerne unkompliziert auf dem amerikanischen Markt ihre qualitativ hochwertigen Leistungen anbieten. Europäische Schiffsdienstleister könnten beispielsweise in amerikanischen Gewässern tätig werden und europäische Airlines auch innerhalb der USA fliegen dürfen. Die Absolvierung eines Praktikums in den USA sollte auch kein Staatsakt mehr für europäische BürgerInnen sein.

Die öffentliche Beschaffung bildet einen wichtigen Wirtschaftsfaktor. Der amerikanische Beschaffungssektor ist allerdings sehr abgeschottet, bedingt durch den „Buy American Act". TTIP muss bessere Möglichkeiten für europäische Unternehmen sicherstellen, Zugang zu öffentlichen Aufträgen, z.B. Bauleistungen, Verkehrsinfrastruktur, Gütern und Dienstleistungen, zu erhalten.

Den Handel ergänzende Vorschriften betreffen unter anderem Sozial- und Umweltstandards. TTIP bietet hier die Chance, Arbeitnehmerrechte in den USA zu stärken. Die grundlegenden ILO-Standards hinsichtlich der Vereinigungsfreiheit, der Anerkennung von Gewerkschaften und der Schaffung von Betriebsräten müssen dabei als Orientierung dienen und im Abkommen Verankerung finden. Handel kann nur unter fairen Bedingungen funktionieren. Lohn- und Sozialdumping dürfen nicht zu Wettbewerbsvorteilen führen.

Warum lehnen NGOs und viele Menschen TTIP und CETA ab?

Hierfür gibt es mehrere Gründe. Aufgrund der Erfahrungen mit Ordo-Liberaler Wirtschaftspolitik in der EU in den vergangenen Jahren durch die konservativ-liberale Mehrheit ist ein großes Misstrauen entstanden. Zudem waren die Verhandlungen der Europäischen Kommission zu diesen Abkommen zu Beginn sehr intransparent und haben deshalb die Ängste vieler Bürgerinnen und Bürger entstehen lassen. Andererseits werden aber von einigen Seiten Mythen und Fehlinformationen verbreitet, welche eine negative öffentliche Meinung verstärken.

Durch den Druck des Europäischen Parlaments hat sich die Informationspolitik der Europäischen Kommission hinsichtlich der TTIP-Verhandlungen grundlegend verändert. Anfang Oktober 2014 wurde endlich die Veröffentlichung des TTIP-Verhandlungsmandats möglich, leider viel zu spät. Das Mandat legt den Verhandlungsumfang mit den USA fest und stellt den Referenzpunkt dar, an dem sich die EU-Kommission im Rahmen der Verhandlungen orientiert. Die neue EU-Kommission hat die sozialdemokratische For-

derung aufgegriffen und am 25.11.2014 einen deutlichen Schritt zu mehr Transparenz gemacht. Viele Dokumente sollen nun veröffentlicht werden und die Gesamtheit der Europaabgeordneten einen sehr viel detaillierteren Einblick in die Verhandlungen bekommen. Diese Versprechen müssen nun in die Tat umgesetzt werden.

Können Sie mögliche negative Folgen an einem Beispiel erklären? Z.B. Fracking?

Fracking, d.h. die Erdgas/ und -ölgewinnung aus Schiefergestein ist eine nationale Kompetenz und wird durch ein mögliches Freihandelsabkommen nicht berührt. Aber ein Punkt, gegen den viele NGOs und Bürger zu Recht protestieren, sind die außergerichtlichen Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen (ISDS). Wir Sozialdemokraten halten im TTIP-Abkommen ISDS nicht für nötig und plädieren dafür, das Schiedsstellenverfahren aus dem Abkommen herauszunehmen. ISDS würde es Investoren ermöglichen, die EU oder einzelne Mitgliedsstaaten jenseits vom normalen juristischen Verfahren vor internationalen Schiedsstellen direkt auf Entschädigung für entgangene Gewinne oder Enteignungen zuverklagen. Dieses einseitige Recht versucht gerade Vattenfall gegenüber Deutschland zu nutzen, um wegen des Beschlusses zum Atomausstieg ca. 4 Mrd. € Entschädigung einzuklagen. ISDS zwischen zwei Regionen mit zuverlässigen und entwickelten Rechtssystemen (wie im Falle von TTIP) ist nicht notwendig. Da ohne die Zustimmung der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament das TTIP-Abkommen nicht mehrheitsfähig ist, haben wir ein gutes Druckmittel in der Hand.

Wie weit sind die Verhandlungen inzwischen? Können TTIP und CETA noch gestoppt werden?

Die TTIP-Verhandlungen gehen im neuen Jahr in die achte Runde. Allerdings kam es in den vergangenen Verhandlungsrunden wegen der Kongresswahlen in den USA und dem vorhergehenden Wahlkampf zu keinen substantiellen Verhandlungen und schon gar nicht zu Vereinbarungen. Die TTIP-Verhandlungen werden sich daher noch länger hinziehen. Bei den CETA-Verhandlungen liegt eine Rohversion eines Abkommens vor, allerdings gibt es über einige Inhalte noch Gesprächsbedarf und die Möglichkeit entscheidende Verbesserungen vorzunehmen.

Das Europäische Parlament (EP) hat bei der Ratifizierung von Handelsabkommen zwischen der EU und Drittstaaten das letzte Wort: Ein Abkommen kann nur mit der Zustimmung des EP in Kraft treten. Dass das Europäische Parlament seine Funktion als demokratisches Gewissen der EU-Handelspolitik sehr ernst nimmt, hat unter anderem die Ablehnung des ACTA-Abkommens (Schutz des geistigen Eigentums im digitalen Bereich) bewiesen. Diesem hatte das EP im Jahre 2012 aufgrund seiner vielen Webfehler die Zustimmung verweigert und es so zum Scheitern verurteilt.

Unterstützen auch Sie Aktionen, z.B. die „Selbstorganisierte Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA"?

Ich finde, dass eine breite öffentliche Debatte wichtig ist, u.a. durch Veranstaltungen, in denen Vertreter der Zivilgesellschaft den an den Verhandlungen Beteiligten ihre Bedenken mitteilen können. Juristisch gesehen war die Ausformulierung der formalen Europäischen Bürgerinitiative unscharf, jedoch hätte die Europäische Kommission die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aufgreifen und ihnen helfen müssen, wie sie die Bedenken adäquat in den Verhandlungsprozess hätten einbringen können.

Was könnten die Alternativen zu den Freihandelsabkommen sein?

Eine multilaterale Lösung im Rahmen der Welthandelsorganisation wäre natürlich die beste Option. Es gab viele Probleme in der WTO, daher gibt es weltweite Trends bilaterale Abkommen zu verhandeln, da man dort schneller zu Einigungen findet. Es muss sichergestellt werden, dass europäische Abkommen nur ergänzend zu einer multilateralen Lösung stehen können. Seit dem 27.11.2014 sieht es wieder besser für die WTO aus. Die WTO verabschiedete das erste globale Handelsabkommen seit ihrer Gründung vor rund 20 Jahren. Der wichtigste Teil ist das Abkommen über Handelserleichterungen (TFA). Allerdings ist dies Paket nur ein Teil der 2001 in Doha begonnenen Verhandlungen mit dem Ziel eines globalen Handels-und Entwicklungsabkommens. Nun können die Verhandlungen hierzu weitergehen.

Bemerkungen zu Bernd Langes Interview

Herrn Langes Ausführungen zu TTIP als Fachmann auf europäischer Ebene sind nützlich für die Diskussion, weil er die wirtschaftlichen Interessen auf europäischer Seite an diesem Abkommen benennt. Damit kommt die Diskussion davon weg, dass „böse“ US-Interessen unsere „guten“ europäischen Verhältnisse herunterschrauben wollten.

Es sind auch Industrie- und Dienstleistungsunternehmen in Europa, die sich von TTIP einen leichteren Zugang zum großen nordamerikanischen Markt erhoffen, allen voran die deutsche Automobilindustrie. Und Herr Lange erwartet gerade für Deutschland positive Wirkungen von TTIP – für Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher.

Was er verschweigt ist, dass sich natürlich auch die US-Multis einen entsprechend verbesserten Zugang zum europäischen Markt erhoffen. Sie streben eigene Vorteile an – zu Lasten europäischer Interessen. So funktioniert das weltweit vorherrschende Wirtschaftssystem. Konkurrenz belebt das Geschäft, aber es vernichtet auch gnadenlos Existenzen und ganze Volkswirtschaften. Alle Akteure, die sich in irgendeinem Wettbewerb um Marktanteile durchsetzen, verdrängen andere. Das ist schon ohne TTIP so - auch innerhalb von Europa. Deutschen Handelsbilanzüberschüssen stehen Defizite in anderen EU-Staaten gegenüber. Wer eine Maschine aus Deutschland gekauft hat, kauft keine in Frankreich oder Italien und umgekehrt.

Das gilt auch für Arbeitsplätze. Jeder Zuwachs in einem Wirtschaftsraum führt zum Verlust von Arbeitsplätzen in einem anderen. Dort geraten dann auch die Löhne unter Druck.

GewerkschafterInnen und Beschäftigte kämpfen in USA und hier in Europa für eine Verbesserung ihrer sehr unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Was der Einzug „amerikanischer Verhältnisse“ für Beschäftigte und Erwerbslose hierzulande schon jetzt bedeutet, zeigt sich an vielen Beispielen: Eins davon ist der US-Multi Amazon, der trotz langer Streiks immer noch nicht zu Tarifverhandlungen bereit ist. AB-Inbev in Bremen und Atlas Werke im Bremer Umland sind weitere. Dazu die Übernahme professioneller Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung aus USA - mit allen dreckigen Mitteln - durch spezialisierte Kanzleien auch in Deutschland. Bernd Lange hofft dagegen, durch TTIP positive Einflüsse auf die Arbeitsbeziehungen in USA zu erreichen.

TTIP, CETA und TISA stellen zwar nichts grundsätzlich Neues dar, weil das Ziel gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit auch in der EU besteht und auch Investorenschutz schon in vielen bilateralen Verträgen gilt. Die Abkommen stärken aber die Macht der Großkonzerne und schwächen die Arbeitnehmer, Verbraucher und Hilfsbedürftigen weiter. (Siehe den Artikel „Freihandel klingt gut – für Ältere ist’s Schiet“ in dieser „WIR“.)

Herr Lange meint, TTIP und CETA die Giftzähne ziehen und die erwarteten positiven Wirkungen für die deutsche Wirtschaft behalten zu können. Da bin ich sehr skeptisch – aufgrund der Erfahrungen mit Privatisierungsvorhaben, die durch öffentlichen Druck verändert oder zurückgenommen wurden. Mit TTIP und TISA wird jetzt oder später ein neuer Anlauf genommen, die Wünsche der Privat-Wirtschaft durchzusetzen.

Aber selbst wenn TTIP in USA und Europa tatsächlich Vorteilen bringen sollte, verschlechtert sich in anderen Räumen die wirtschaftliche Lage für die Menschen, vor allem in den ärmsten Entwicklungsländern, die keine Chance haben im Wettlauf mitzuhalten.

Für uns sind arbeitende Menschen in allen Ländern Kolleginnen und Kollegen, deren Lebens- und Arbeitssituation uns nicht gleichgültig ist. Wir wissen, dass gnadenloser Wettbewerb zu Armut, Unruhen und Kriegen in den verarmten Ländern führt.

Wer meint, das könnte uns egal sein, so lange es uns hier gut geht, dem sei gesagt: die weltweiten Flüchtlingsströme, von denen einige wenige auch in Europa oder den USA ankommen, sind auch Folgen einer Politik, die die Lebensgrundlagen in deren Herkunftsländern zerstört.

Traudel Kassel

Freihandel klingt gut – für Ältere ist's Schiet

Die geplanten Abkommen TTIP, TISA & Co. sollen dazu dienen, Unternehmen in ihrem Geltungsbereich neue Märkte zu eröffnen, indem sie Investitions- oder Handelshemmnisse durch Vereinheitlichung von Standards und Vorschriften beseitigen. Was Konzernen im Bereich Umwelt- und Verbraucherschutz als Hemmnis erscheint, wird in der Öffentlichkeit bereits breit diskutiert.

Weniger Beachtung findet, dass solch ein Hemmnis auch sein kann, was bisher aus gutem Grund dem freien Markt ganz oder teilweise entzogen ist. Staatliche „unerlaubte Subventionierung", die Gewinne privater Unternehmen beschneiden könnte, soll als „diskriminierend" abgeschafft werden. Solche Subventionierung gibt es z.B. bei öffentlichen Aufgaben wie Verkehr, Ver- und Entsorgung, Wasser und Müll, Gesundheitswesen und Sozialversicherung. Darauf zielt TISA.

Mehr Privatisierung

Ziel von TTIP – vor allem aber von TISA – ist es, den Freihandel von Dienstleistungen aller Art zu fördern, das heißt Durchsetzung von Privatisierungen in großem Maßstab und weiteres Zurückdrängen staatlicher Regulierung auf allen Gebieten, unter anderem auch bei riskanten Finanzgeschäften, die als Folge der Finanzkrise gefordert wurde.

In vormals staatlich oder kommunal organisierten Bereichen hat es seit den 90er Jahren schon viele Privatisierungen gegeben, forciert auch durch die EU-Politik im Interesse der Privatwirtschaft. Deshalb liegen schon viele Erfahrungen mit den Auswirkungen für die große Mehrheit der Bevölkerung vor. Bahn und Post sind für Normalkunden teurer und weniger kundenfreundlich geworden. Das Gleiche gilt für Energiekosten, die seit 15 Jahren immer teurer wurden. Der Einstieg in die Privatisierung der Rentenversicherung hat vor allem Banken und die Versicherungswirtschaft beglückt und wird allgemein als gravierender Fehler betrachtet. Einzig bei der Telekommunikation sind die vielen neuen Möglichkeiten und günstigen Tarife von vielen Menschen positiv aufgenommen worden.

Was heißt Privatisierung in den Bereichen, die speziell für Ältere – aber auch für Jüngere, die wegen Krankheit oder Behinderung besonderen Bedarf an öffentlicher Daseinsfürsorge haben – von Bedeutung sind: Gesundheitswesen, Verkehr und Wohnung? Was heißt es, wenn das Ziel nicht mehr beste Versorgung für alle ist, sondern Absenkung der Leistungen für die Allgemeinheit auf eine minimale Versorgung – und bessere Versorgung nur für diejenigen, die es sich leisten können? Es ist Zweiklassen-Gesellschaft! Ob man die Wahlmöglichkeiten nutzen kann, hängt von der finanziellen Lage ab. Wer wohlhabend ist oder es im Laufe seines Arbeitslebens zu einer zusätzlichen Kranken- und Alterssicherung, zu Wohneigentum oder ordentlichen Ersparnissen gebracht hat, kommt mit der „neuen bunten" Welt oft auch gut zu recht. Es gibt durchaus Ältere, die sich Luxuswohnungen für 3000 Euro Kaufpreis pro qm oder entsprechende Mietwohnungen, Kreuzfahrten oder teure Urlaubsaufenthalte in angenehmem Klima leisten können.

Was Rentner und Rentnerinnen brauchen

Die meisten heutigen Rentner und Rentnerinnen haben zwar in ihrem Berufsleben und auch sonst viel gearbeitet, sind aber nicht auf Rosen gebettet. Das gilt erst recht für die zukünftige Rentnergeneration, die durch die gesetzliche Abschläge und Zeiten von Erwerbslosigkeit und prekärer Lohnarbeit noch weniger Rentenansprüche erwirbt als unsere Generation.

Für die Mehrzahl der RentnerInnen ist wichtig, dass sie mit ihrer bescheidenen Rente die Miete samt Nebenkosten für eine warme Wohnung aufbringen können. Dass sie zu bezahlbaren Tarifen in öffentlichen Verkehrsmitteln überall hinkommen, wo sie hin müssen – zu Ärzten, Behörden – oder hin wollen – zu Angehörigen, Freunden, kulturellen und geselligen Ereignissen. Dass sie die Behandlung ihrer gesundheitlichen Probleme und Kurse für die Gesundheitsvorsorge bezahlen und notwendige Hilfe in Anspruch nehmen können, um lange selbständig leben zu können. Dass sie an der Gesellschaft teilnehmen können.

In unserer reichen Gesellschaft sollte all das eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein – aber seit Sprüche wie „Deutschland ist eine Service-Wüste“ oder „privat ist besser“ jahrzehntelang in die Köpfe gehämmert wurden, sind öffentliche Leistungen in großem Maßstab privatisiert worden. Es ging um größtmögliche Gewinne und niedrigste Kosten. Diese Marktlogik hat sich nicht nur auf staatliche und kommunale, sondern auch auf öffentlich bezuschusste Einrichtungen von Kirchen und Sozialverbänden ausgewirkt. Sie alle müssen sich in Teilen „marktförmig“ verhalten – mit Auswirkungen auf ihre Leistungen und auf die Beschäftigtenstruktur, die von ehrenamtlichen über prekär Beschäftigte bis zu hochbezahlten Managern reicht.

Ältere Menschen sind auf günstige und zuverlässige Betreuung und Leistungen unter staatlicher oder kommunaler Kontrolle angewiesen. Spezialisierte Kliniken, die nur bestimmte profitable Operations- oder Behandlungsleistungen anbieten, weil sie sich „rechnen“, betreiben Rosinenpickerei und haben nur begrenzten Nutzen für die Allgemeinheit. Viele Menschen werden nicht optimal versorgt, weil wohnortnahe Kliniken schließen, die sich nicht „rechnen“. Betriebsräte haben außerdem beklagt, dass in solchen Privat-Kliniken kaum Nachwuchs ausgebildet wird. Hier gilt die Maxime: Gewinne privatisieren, Kosten sozialisieren, d.h. der Allgemeinheit aufbürden. Nur so kommt es zu Renditen von 15% und mehr.

Ältere brauchen auch kleinere, günstige und altersgerechte Wohnungen. Wohnungen in kommunalem oder genossenschaftlichem Eigentum sind privaten transnationalen Wohnungskonzernen vorzuziehen, deren einziger Geschäftszweck die Erwirtschaftung hoher Renditen anonymer Investoren ist – die Bedürfnisse nach günstigen Mieten und dem im Alter nötigen Wohnkomfort zählen da wenig.

Stattdessen werden private SeniorInnen-Wohnanlagen mit tollen Service- und Betreuungs-Angeboten errichtet – nur reichen die meisten Renten nicht mal für die Netto-Miete ohne Service. Zum Leben bliebe erst recht nichts. Der Bau von privaten Pflegeeinrichtungen boomt ebenfalls und macht Einrichtungen von Kommunen, Kirchen und Sozialverbänden Konkurrenz.

Wenn alles, was Gewinn verspricht, privatisiert wird und was nur kostet, öffentlich bleiben soll, führt das zur weiteren Verarmung der Kommunen, die immer tiefer in die Sparpolitik getrieben werden und ihre Aufgabe des Ausgleichs zwischen Starken und Schwachen, Wohlhabenderen und Ärmeren nicht mehr zufriedenstellend erfüllen können. Diese Folgen von Privatisierungen der letzten 20 Jahre sind schrittweise und schleichend eingetreten. Die jetzt verhandelten Freihandels-Abkommen werden diese Entwicklungen noch verstärken – auch schleichend.

Wenn von zusätzlichen Arbeitsplätzen durch TTIP/TISA die Rede ist, wird nicht gesagt, dass im Dienstleistungssektor, z.B. im Gesundheits- und Pflegebereich, vor allem schlecht bezahlte Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden – durch Auslagerung von Tätigkeiten in Gesellschaften ohne Tarifverträge, durch Anheuern schlecht ausgebildeter Billigkräfte, durch Scheinselbständigkeit. Das führt entweder zu schlechterer Versorgung für die betreuten Personen oder zu Dumpinglöhnen für die Beschäftigten – oder beides.

Niedrige Löhne bedeuten für den Einzelnen weniger Beiträge in die Sozialversicherung und damit eine niedrigere Rente. Sie wirken sich aber auch direkt auf uns RentnerInnen aus, weil die jährliche Rentenanpassung an die Bruttolohnsumme der BRD gekoppelt ist. In manchen Jahren sind Senkungen der Renten nur durch politische Eingriffe und durch geringere Erhöhungen im Folgejahr verhindert worden.

Was also tun?

Vor eineinhalb Jahren haben wir in der WIR über den Widerstand gegen die Wasserprivatisierung auf EU-Ebene berichtet, der zumindest vorläufig zur Rücknahme der Pläne geführt hat. Wenn wir nicht wollen, dass diese durch die Hintertür der Freihandelsabkommen wieder auf die Tagesordnung kommt, werden wir wieder aktiv werden müssen. Es hat sich sowohl in der EU als auch in den USA schon breiter Widerstand gegen TTIP und TISA entwickelt, auch in einigen Gewerkschaften. Ein erster Erfolg ist, dass die öffentliche Diskussion erzwungen worden ist. Es wird sehr viel Kraft und die Aktivität vieler Menschen erfordern, sich gegen die Wirtschaftsinteressen großer Konzerne durchzusetzen.

Traudel Kassel

Asbest - und seine Opfer

Interview mit Silvia Schön Bündnis 90 / Die Grünen Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft

Das von Silvia Schön und Hans-Joachim Woitowitz Ende 2014 herausgegebene Buch füllt nicht nur eine Lücke in der Auseinandersetzung mit dem Problem Asbest und seinen Spätfolgen, sondern bietet auch ein Leitfaden für die Asbestopfer, die für ihre Rechte kämpfen. Asbestopfer, Juristen, Arbeitssicherheitsexperten u.a. kommen darin zum Wort. Wir haben mit der Mitherausgeberin des Buches Silvia Schön, 22 Jahre nach dem Asbest-Verbot über das noch immer akute Problem gesprochen.

Warum ist Asbest 22 Jahre nach dem Verbot noch immer so aktuell?

Weil Asbesterkrankungen meist erst nach vielen Jahren ausbrechen. Wir rechnen damit, dass erst zwischen 2017 und 2025 die meisten Asbesterkrankungen überhaupt erscheinen. Also es kann lange dauern, bis eine Krebserkrankung ausbricht und daher ist es ein großes aktuelles Problem.

Also jemand, der Anfang der 1990er Jahre auf der Vulkan-Werft als 35 Jahre junger Arbeiter mit Asbest gearbeitet hat, könnte jetzt vor seine Rente noch erkranken?

Der kann jetzt noch erkranken, wenn er noch bis 1993 dort damit gearbeitet hat. Ich kenne auch Fälle, wo Menschen während der Studienzeit mal drei Monate sich Geld verdient haben und trotzdem eine Asbest-Erkrankung bekommen haben. Viele, viele Jahre später. Und daher ist es nach wie vor ein großes Problem. Viele denken, dass es kein Problem ist, weil es so lange her ist. Deswegen ist es auch so wichtig, jetzt darauf aufmerksam zu machen. Jährlich sterben 1.500 Menschen an einer berufsbedingten Asbest-Erkrankung. Es sind aktuell 190.000 Menschen erkrankt. Das ist die Größe der Stadt Kassel. Das sind nicht meine Zahlen, sondern die Zahlen des Hauptverbandes der Berufsgenossenschaften.

Was ist das größte Problem für die Arbeiter, die durch Asbest Jahre später krank werden?

Die Menschen gehen zum Arzt und der Arzt stellt fest, okay - da ist etwas an der Lunge, das kann Asbestose sein oder ein durch Asbest bedingter Lungenkrebs. Und dann ist das übliche Verfahren so, dass der Arzt oder die Ärztin eine Anzeige auf Verdacht auf eine Berufskrankheit stellt. Danach gibt es ein ganz normales Amtsermittlungsverfahren. Also: Die Berufsgenossenschaft kommt, nimmt den Sachverhalt auf und der oder die Erkrankte erzählt, was seine oder ihre Arbeitsgeschichte war und so weiter... Es wird dann nachgeprüft, gibt es dafür Beweise? Und dann stellt sich häufig heraus, dass im Betrieb weder Dokumente darüber vorhanden sind, dass überhaupt mit Asbest gearbeitet worden ist noch gibt es Beweise dafür, dass der Betroffene im Betrieb mit Asbest gearbeitet hat. Und wenn es diese Beweise nicht gibt, dann geht es zu Lasten des Betroffenen. Und dann muss der

Interview: Orhan Çalışır

Silvia Schön war in den 70er Jahren aktiv in der Bremer Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen. Mitglied der Schüler- und Schülerinnenselbstvertretung. Von 1982 bis 1984 AStA-Vorsitzende bzw. stellvertretende AStA-Vorsitzende an der Universität Bremen. Von 1989 bis 1993 Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Grüne und Gewerkschaften. Von 1995 bis 1999 Mitglied im Beirat Östliche Vorstadt. Von 2000 bis 2001 Mitglied des Landesvorstands Bündnis 90/Die Grünen. Von 2001 bis 2003 Landesvorstandssprecherin Bündnis 90/Die Grünen.

Sie ist seit 2003 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und seit 2011 Vizepräsidentin.

Betroffene versuchen überall Beweise zu sammeln, dass er doch mit Asbest gearbeitet hat. Und das ist meist unmöglich, weil er gar keinen Zugang zu Betriebsdaten hat. Also der Betroffene wird dafür bestraft, dass der Betrieb keine richtige Dokumentation gemacht hat und die betriebliche Ursache der Asbesterkrankung nicht festgestellt werden kann. Und dann bekommt er auch keine Reha-Leistung und keine Rente.

Dann sage ich, das darf in einem Rechtstaat nicht sein. Es kann nicht sein, dass Menschen, die besonders krank sind, auch noch besonders stark sein müssen, um zu ihrem Recht zu kommen.

Was ist Ihre Forderung?

Ich möchte, dass das die Beweislast umgekehrt wird. Es kann nicht sein, dass die Betroffenen, die ja gar keine Beweise in der Hand haben können, beweisen müssen, dass sie durch Asbest krank geworden sind. Ich bin der Auffassung, dass wir eine Beweislast-Umkehr brauchen. Immer dann, wenn der Betrieb nicht seiner Dokumentationspflicht nachgekommen ist und nicht belegen kann, dass er alles Zumutbare zur Krankheitsverhütung unternommen hat, muss die Berufsgenossenschaft zahlen.

Wir kennen das auch aus der Kriegsopfer-Entschädigung. Da ist es naturgemäß so, dass Kriegsopfer keine Beweise für ihre Schädigung beibringen können. Und die müssen in der Regel eine Erklärung eines Eides statt machen, dass sie eine Schädigung davon getragen haben, damit sie entschädigt werden können. Das könnte man hier genauso machen.

Was wollen die Asbest-Opfer?

Bei den Asbestopfern ist es überhaupt nicht so, dass sie in erster Linie Geld haben wollen. Die Betroffenen wollen in erster Linie ihre Gesundheit wieder haben. In zweiter Linie wollen sie, dass sich irgendjemand bei Ihnen entschuldigt, dass ihnen bitteres Unrecht widerfahren ist. An dritter Stelle wollen sie Reha-Maßnahmen und an vierter Stelle wollen sie überhaupt erst Geld. So ist die Reihenfolge. Und man kann an den Geschichten der Betroffenen wunderbar nachlesen, dass eine Umkehr der Beweislast bitter notwendig ist.

Wie sieht es aktuell mit den Entschädigungszahlungen aus?

Wir haben bei Asbest die Situation, dass 24% der angezeigten Erkrankungen entschädigt werden oder auch teil-entschädigt werden, bei den gesamten Berufskrankheiten sind es gerade mal 8%. Das zeigt, wie groß das Problem ist und dass es da auch um viel Geld geht. Arbeitsmediziner sagen: Die Behandlung eines Lungenkrebses kostet 250.000 Euro, also immens viel Geld. Gegenwärtig zahlen das die Krankenkassen, also die Allgemeinheit. Und da sage ich ganz klar: das ist eine Sache, die die Berufsgenossenschaft bezahlen muss.

Da gibt es noch das Problem mit den Gutachten bzw. Gutachtern?

Ja, es gibt Probleme mit den Gutachten. Mir sagen die Arbeitsmediziner und auch die Betroffenen, dass sie den Eindruck haben, dass die Gutachter nicht neutral sind. Wir fordern immer wieder,unabhängige Gutachter-Institute. Für mich ist es nicht erklärlich - die Fälle sind auch in dem Buch beschrieben – dass der eine Gutachter sagt, es sind nur 20% Minderung der Erwerbstätigkeit (MdE) und der andere Gutachter sagt, es sind 80%. Da liegen Welten zwischen. Oder bei der so genannten Faserjahr-Berechnung. Da sagt der Gutachter der Berufsgenossenschaft, der Betroffene hat 12,2 Faserjahre und der andere Gutachter, ein ehemaliger Berufsgenossenschafts-Mitarbeiter, rechnet nach, bezieht noch mal andere Arbeitssituationen mit ein und kommt auf 44,4 Jahre. Also es liegen Welten dazwischen. Dieser Unterschied ist überaus wichtig: Denn die Berufsgenossenschaft erkennt asbestbedingten Lungenkrebs in der Regel nach 25 Faserjahren an und daher ist die Berechnung eine durchaus wichtige Geschichte.

Das Buch ist im KellnerVerlag erschienen und für 9,90 EUR erhältlich!

Lesungen zum Buch mit AutorInnen und Betroffenen
Wir klagen an - Asbest und seine Opfer

21.1. 18.30 Uhr
Gewerkschaftshaus
3.2. 18.00 Uhr
Nachbarschaftshaus Helene Kaisen, Gröpelingen
9.2. 18.30 Uhr
Kulturhaus Walle

Kein Mensch verlässt ohne Not seine Heimat

Bevor der Artikel über Flüchtlinge anfängt, muss wegen der Aktualität über die „Montagsdemonstrationen" der PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) etwas geschrieben werden. Mit diesen Demonstrationen wird versucht die Gesellschaft zu spalten. Aber auch die vielgeschmähte „Lügenpresse" als auch die verhasste „Politikerkaste" verhilft einer lärmenden Minderheit zu einer völlig überproportionalen Präsenz im öffentlichen Diskurs. Auch Teile der AfD-Führung (Alternative für Deutschland) sind auf Kuschelkurs mit PEGIDA: die Sprecherin Frauke Petry sieht Schnittmengen mit dem PEGIDA-Bündnis.

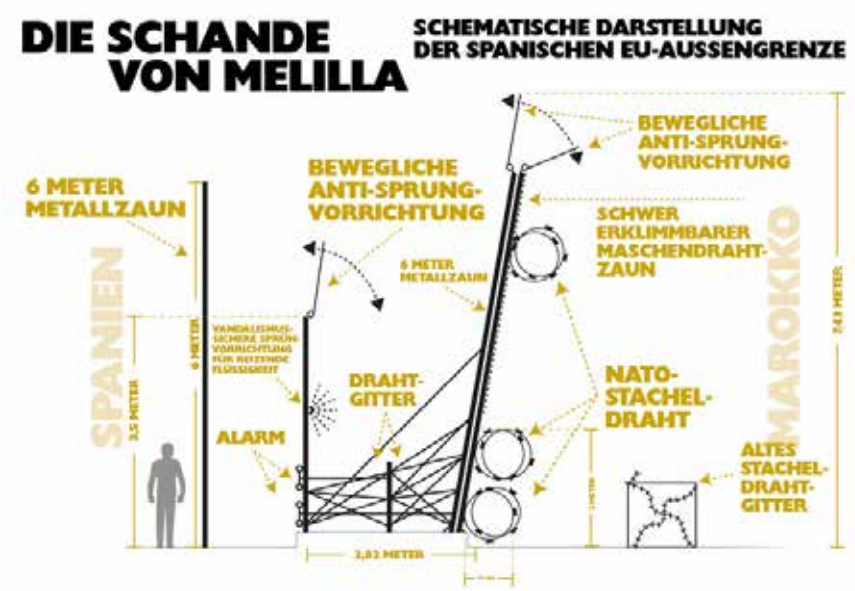
Es ist auch beschämend und ekelhaft, wie deutsche Islamhasser aus dem Massaker von Paris auf das Satiremagazin CHARLIE HEBDO Profit zu schlagen versuchen.

Laut UNO sind fast 52 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, die meisten aus Asien (Afghanistan, Syrien, Irak, Myanmar) und Afrika (Somalia, Sudan, Demokratische Republik Kongo). 50% der Flüchtlinge sind unter 18 Jahren. 18 Millionen Flüchtlinge haben im Ausland, die meisten in den Nachbarländern Schutz gesucht. In Deutschland haben bisher nur 0,4% aller Flüchtlinge Zuflucht gefunden. Würde Deutschland so viele Flüchtlinge wie Jordanien aufnehmen, wären dies 8 Millionen. Tatsächlich wurden bis zum Jahresende 2014 aber nur 200.000 Anträge erwartet.

Die Not ist sehr groß. Viele Ältere erinnern sich an die Flucht und Vertreibung als Folge des Zweiten Weltkrieges, als 10 Millionen Menschen in Deutschland aufgenommen und versorgt werden mussten.

Vor allem aus dem völlig zerstörten Syrien kommen derzeitig viele Menschen zu uns. Sie flüchten nicht nur vor dem Assad-Regime, sondern auch vor dem Bürgerkrieg und dem unmenschlichen Terror des IS (Islamischer Staat), auch im Irak. Nicht nur politische Krisen und bewaffnete Konflikte sind Auslöser für die Flüchtlinge, sondern auch Hunger, Diskriminierungen und Aussichtslosigkeit.

Wir sollten nicht auf die Worte und Sprüche der Rechtspopulisten und Konservativen wie neuerdings der AfD (Alternative für Deutschland) hören. Machen wir uns ein eigenes Bild, hören wir auf un-



ser Herz, seien wir toleranter. Deutschland ist eins der reichsten Länder der Erde und wir sind noch nicht an den Grenzen unserer Möglichkeiten angekommen. Aber auch die Bundesregierung ist in ihrer Verpflichtung. Da geht es nicht nach dem Motto, möglichst wenig Aufnahme- und möglichst viel Abwehrpolitik zu betreiben. Und auch die Kosten für Aufnahme und Schutz der Flüchtlinge kann nicht nur auf die Länder und Kommunen abgewälzt werden. Flüchtlingsschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Auch sogenannte Willkommens- und Ausreisezentren in Nordafrika für Asylbewerber und Flüchtlinge, wie sie der Bundesinnenminister Thomas de Maiziére vorgeschlagen hat, klingen eher abweisend als freundlich oder willkommen. Schon 2004 hatte der damalige Innenminister Otto Schily die Idee Aufnahmelager in Nordafrika zu schaffen um die Asylverfahren auf Gebiete jenseits der EU auszulagern. Zu Recht ist dies nie umgesetzt worden. Auch unser Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) will die Flüchtlingspolitik stärker nach den demographischen Erfordernissen in Europa ausrichten. Dazu heißt es im Auswärtigen Amt: „Flüchtlingspolitik ist weit mehr als die Verwaltung von Flüchtlingsströmen und einer Strategie des Zäune-hoch-Ziehens. Angesichts absehbarer steigender Flüchtlingszahlen und einer rückläufigen demographischen Entwicklung mindestens in Teilen Europas kommt der Steuerung und Gestaltung internationaler Migration außenpolitisch eine immer wichtigere Rolle zu“. Was soll dies heißen? Dürfen junge arbeitsfähige Menschen rein und die Älteren bleiben draußen? Was auch geschieht, es werden weiterhin Menschen über das Mittelmeer kommen und viele von ihnen werden sterben.

Und, sind eigentlich nicht auch deutsche Politik und Wirtschaft mitschuldig an dieser weltweiten Misere? Deutschland ist nach den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur, Waffen im Wert von über 5 Milliarden € pro Jahr werden exportiert. Täglich können wir bei den Berichterstattungen in den Medien deutsche Waffen in den Krisengebieten sehen.

Auch gehören die kapitalistischen Länder (dort wo es Börsen gibt) zu den Hungermachern. Die Deutsche Bank und Goldman Sachs spekulieren an den Rohstoffbörsen nicht nur mit Öl und Gold, sondern mit Nahrungsmitteln wie Reis, Weizen, Mais und Soja. In armen Ländern, wo 80% (Deutschland gibt ca. 10 bis 15% für Nahrung aus) für Nahrungsmittel aufgebracht werden müssen, ist schon eine kleine Preissteigerung fatal.

Schön, dass es bei uns ein großes Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger gibt zu helfen. Die Hilfsbereitschaft ist unerwartet groß. Sie reicht von Wohnraumbereitstellung und Sachspenden wie Kleidung, Möbel und Geld. Auch Schul- und Sprachunterricht wird erteilt. Die allermeisten Flüchtlinge kommen aus Ländern, wo die Gastfreundschaft sehr groß geschrieben wird. Hier wollen die Menschen meistens mit materiellen Dingen helfen, aber sie bräuchten Anderes dringender als nur Kleiderspenden, sie brauchen Freundschaft, Integration und Schutz.

Und Bundespräsident Joachim Gauck sagte im vergangenen Jahr, dass wir Deutsche Einwanderung als Bereicherung wahrnehmen sollten. Wörtlich: „Wir lernen noch eine vielfältige Gesellschaft zu sein, wir nehmen Zuzug als Gewinn war“.

Es gibt viele Beispiele, dass Integration funktioniert, wenn wir es wollen.

In einem Zeitungsinterview sagte kürzlich der neue DGB Vorsitzende Reiner Hoffmann: „Wir haben eine Verantwortung, etwas dafür zu tun, dass Menschen gar nicht erst in die Not geraten, ihr Land verlassen zu wollen“.

Und gerade zurzeit passend hat der große Sozialethiker Friedhelm Hengsbach ein neues Buch veröffentlicht: „Teilen nicht Töten“.

Bernd Krause

Quellennachweis: Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen,

vorwärts (Zeitung der deutschen Sozialdemokratie), nachdenkseiten

Es braut sich was zusammen in Deutschland

Es waren die heftigsten Krawalle seit langem in Nordrhein-Westfalen: Tausende Hooligans sind am vergangenen Sonntag durch die Kölner Innenstadt gezogen und haben nicht nur eine Schneise der Verwüstung hinterlassen: Mehr als 40 Polizisten wurden verletzt, einige von ihnen schwer. Ursprünglich hatten die Veranstalter eine friedliche Demonstration gegen Salafismus angemeldet. Daraus geworden ist ein rechter Krawall.

Kurzer Blick in den Spiegel. Und eine Frage: Was wäre, ich sähe irgendwie südländischer aus? Würde ich noch in's Fußballstadion gehen? Könnte ich unbehelligt mit der Bahn reisen? Mir die schöne Stadt Köln angucken? Es hilft beim Denken, sich in die Rolle des Gegenüber zu begeben. Gar keine schlechte Übung. Erst recht nicht nach diesem Wochenende. Das beunruhigende Resultat dieses Gedankenexperiments: Ich würde es mir dreimal überlegen. Den Gang ins Stadion, die Zugfahrt, so manch anderen Schritt in der Öffentlichkeit mehr.

Ein Angiff gegen alle, die „ausländisch" aussehen

Denn das ist ja passiert am Sonntag: Wer „ausländisch" aussieht, wurde von deutschen Dumpfbacken beschimpft, beleidigt, zuweilen tätlich angegriffen – tat gut daran, nicht auf die Straße zu gehen. In Köln. Mitten in Deutschland. Eine Demo gegen Salafismus, angeblich. Was begrüßenswert wäre. Doch der Dümmste konnte schnell erkennen: Es versammelt sich der braune Mob und die Schlägertrupps aus den Fußballstadien – und ja, sie kriegen sogar Beifall. Trotz mehr als 40 verletzter Polizisten. War klar, dass die vereinigten Islamhasser in den entsprechenden Foren im Internet jetzt jubeln: „Dieser Tag wird in die Geschichte eingehen als das Wunder von Köln", steht in einem der beliebtesten Foren. „Es waren nicht die Intellektuellen, es waren echte Männer, die ihr Gesicht für unser deutsches Vaterland gezeigt haben." So geht das seitenweise. Und manche Kommentare unter der Berichterstattung über die Kölner Ereignisse machen Angst.

So geht es nicht weiter

Es braut sich was zusammen in Deutschland. Tausende marodierender Hohlbirnen setzen das in Aktion um, was an Hass gesät wurde. Von all denjenigen, die gerne mal über die Moslems urteilen. Oder wundert sich jemand über diese Explosion der Fremdenfeindlichkeit? Kein Vertun, die Salafisten in Deutschland muss man mit allen zivilen Mitteln bekämpfen. Man darf sie nicht in Ruhe lassen, was nicht nur eine staatliche Aufgabe ist. Wer aber jedem Moslem die Barbarei in Syrien oder im Irak aufs Butterbrot schmiert, der braucht sich nicht zu wundern, dass die dümmsten Ochsen in der Herde der Islamhasser zur Tat schreiten. Wie am Sonntag in Köln.

Wo ist die Politik?

Stellt sich jemand schützend vor die Geschmähten? Stellt sich jemand dem Mob in den Weg? Gemessen an der Aufregung nach linksextremen Gewaltexzessen oder gewalttätigen kurdischen Demos ist es beängstigend ruhig. All die Kämpfer für Recht und Ordnung sind erstaunlich schweigsam beim Thema Hooligans. Justizminister Maas lässt ausrichten, er wolle es nicht zulassen, dass sich „gewaltbereite Hooligans und Salafisten gegenseitig hochschaukeln". Aha. Und der unvermeidliche Bosbach (innenploitischer Spezialist der CDU) hat ganz genau rausgekriegt, dass es den Krawallmachern von Köln gar nicht um Salafismus oder Politik gegangen sei, sondern nur um Krawall. Na, das wird den gemeinen Ausländer aber freuen! Besonders, wenn er mit den Hooligans Zug gefahren ist. Ausländerhass ist gar nicht politisch, na dann ist alles gut!

Wie also würde ich mich fühlen als südländischer Typ? Nach diesem Wochenende. Toleriert, akzeptiert, geschützt? Gar keine schlechte Übung, sich in die Rolle des Gegenüber zu begeben. Hilft beim Denken!

Mit freundlicher Genehmigung von Radio Bremen; 2014

Nebenstehend der Radio-Kommentar von Jochen Grabler im Nordwestradio anlässlich der Ausländerhasser-Demonstration im Oktober 2014 in Köln. In der Zwischenzeit ist die „HogeSa" (Hooligans gegen Salafisten), die im Herbst für die Demo (und die dortigen Ausschreitungen) verantwortlich zeichnete in den Hintergrund getreten. Im Medieninteresse steht inzwischen die PEgIdA (patriotische (?) Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes). Die Personen sind unterschiedlich, der Hintergrund ist derselbe: Hass gegen Fremdes und vor Fremden und Angst und Verunsicherung vor der eigenen Zukunft. Insofern ist der Kommentar leider aktuell. Wir werden uns weiter damit auseinandersetzen müssen.

Jochen Grabler, Redakteur bei Radio Bremen

„Das ist nicht das Deutschland, für das wir gekämpft haben“.

Das schwierige Leben der Käthe Popall, geborene Fürst, geschiedene Lübeck

Jörg Wollenberg

Käthe Popall war eine über alle Parteigrenzen hinweg geachtete Bremer Bürgerschaftsabgeordnete der KPD. Sie trat 1946 als erste Frau in den seit Jahrhunderten ausnahmslos von Männern besetzten Rat und Senat der Hansestadt Bremen ein. Am 15. Februar 1907 in Bremen geboren, verstarb sie am 23. Mai 1984 im Alter von 77 Jahren nach einer schweren Krankheit. Erst kurz zuvor war sie aus ihrem zweiten freiwilligen Exil im saarländischen Ottweiler nach Bremen zurückgekehrt. Sie beteiligte sich an dem Forschungsprojekt und der Ausstellung zur Aufarbeitung der NS-Zeit und berichtete 1982/83 mehrfach im Bremer Gewerkschaftshaus als Zeitzeugin über ihre Widerstandstätigkeit gegen das NS-System und über die verhinderte Neuordnung nach 1945. Und gemeinsam begannen wir mit ihr die Aufzeichnung ihrer Lebenserinnerungen.[1]

Der Sieg des Faschismus und die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung hatten Käthe Popall tief getroffen. Die Unfähigkeit, diese Niederlage nach dem 2. Weltkrieg überzeugend aufzuarbeiten, hatte sie noch mehr verbittert. Fast beiläufig bemerkte sie in einem der Gespräche, die ich mit ihr seit 1980 führen durfte: „Es gab, soweit ich das beurteilen kann, für die arbeitende Jugend nach 1945 keine politisch organisatorische Heimat mehr. Es sei denn eine mit Pensionsberechtigung.“ Besonders enttäuscht war sie darüber, dass die sozialistischen Neuordnungsvorstellungen der Linken im Restaurationsprozess der BRD untergingen. „Nein, dies ist nicht das Deutschland, für das wir gekämpft haben“. So antwortete Käthe Popall Anfang der 1980er Jahre einer Jüdin, die 1935 nach Palästina emigriert war und zu Besuch nach Deutschland kam. Diese meinte: „Jetzt haben Sie ja das Deutschland, für das wir gekämpft haben“.

Dennoch nahm Käthe Popall keinen „Abschied vom Proletariat“. Bei aller Hoffnungslosigkeit, bei allem Pessimismus: Ihre lebensbestimmende politische Grundhaltung war und blieb die bewusst gewollte Identifikation mit der Idee und den Zielen der Arbeiterbewegung. Für diese Arbeiterbewegung hat Käthe Popall zeitlebens gearbeitet und gekämpft mit Wort und Tat, auch unter Einsatz des Lebens im Widerstand gegen das NS-System.

Käthe Popall war 1922 Mitglied die Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) geworden und ging 1928 mit ihrem späteren ersten Mann Hans Lübeck zum Kommunistischen Jugendverband (KJV). Deshalb aus der Konsum-Genossenschaft Vorwärts (SPD) entlassen, blieb sie erwerbslos mit gelegentlichen Aushilfsarbeiten auf der Jute-Spinnerei in Walle/Utbremen. Dort wurde sie von Hannes Koschnick, dem damaligen Sekretär der RGO und Redakteur der Arbeiter-Zeitung, geprägt, später vom Bezirksleiter Robert Stamm. Beide veranlassten, dass sie Gewerkschafts- und Parteischulen besuchte. 1930 wurde sie mit 23 Jahren für die KPD in die Bremer Bürgerschaft gewählt. Die Machtübertragung an Hitler erlebte sie in Moskau auf einem Lehrgang der Lenin-Schule. Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde sie 1935 als Mitglied der ersten operativen Landesleitung der KPD in Berlin unter Robert Stamm, Adolf Rembte und Max Magdalena verhaftet und 1937 vor dem Volksgerichtshof zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie saß die

IDENTIFICATION CARD
for ex-political prisoner of
Käthe Popall
AUSWEIS
für ehemalige politische Gefangene aus

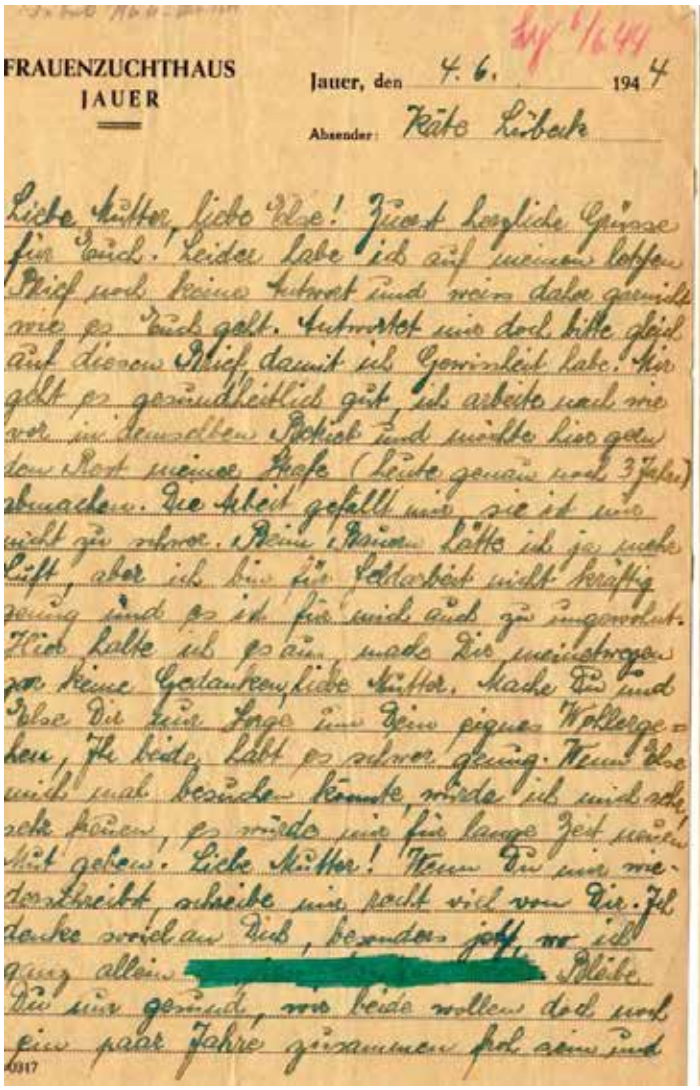
Unterschrift / signature: Käte Popall

Current number / Laufend. Nummer: 393 Internee number / Häftlingsnummer:
name / Name: Popall, Käthe
born / geb. 15.2.1907 at / zu Bremen
nationality / Nationalität: deutsch
adress / Adresse: Bremen, ~~Faller Heerstr. 136~~ Bremervörderstr. 1
was kept in captivity from 27.3.35 to 7.5.45
in Nazi-German Zuchthaus and was
liberated from the
wurde vom 27.3.35 bis 7.5.45 in national-
sozialistischen Zuchthaus gefangen gehalten
und von den Alliierten in Freiheit gesetzt.
Comitee of political prisoners.
Kommitee der politischen Gefangenen.

Haft zunächst ab 1937 in dem Frauenzuchthaus Lübeck-Lauerhof ab, dann ab Mitte 1941 in den schlesischen Lagern Jauer und Schweidnitz und ab März 1945 im Zuchthaus Waldheim. Und das von gelegentlichen Außendiensten abgesehen bis zum Ende des Krieges größtenteils in Einzelhaft.

Nach 10 Jahren Zuchthaus und Zwangsarbeit kehrte Käthe Lübeck im Juni 1945 nach Bremen zurück. In ihren Erinnerungen schreibt sie dazu: „Der Rückmarsch nach Bremen dauerte eine Ewigkeit. Wir kamen nur langsam vorwärts. Außerdem wollte uns die 5. Rote Armee gern behalten. Wir hätten (in der SBZ) Staatsanwalt werden können und vieles mehr - auch als Volksschüler. Aber wir wollten ja zurück in die Heimat. Ich wollte sehen, ob meine Mutter noch am Leben war…Ich bin in Bremen durch die Trümmer gelaufen und habe geweint. Außer der Mutter war mir nur noch eine Schwester geblieben. Diese Schwester - 15 Jahre älter - hat mir in den ersten Tagen Halt gegeben. Fünf Geschwister waren umgekommen. Und ich musste selber erst den Weg ins Leben zurückfinden… Zum Glück hatte die Partei immer einen guten Nachrichtenapparat. Das ging über die Kuriere ins Ausland und vom Ausland wieder zurück. Das klappte immer. Die Partei war es auch, an die ich mich wandte, als ich nach Bremen zurückkam. Ich suchte die Partei und fand dort wieder ein Zuhause."

Die KPD entsandte Käthe Popall 1946 in die erste, von der amerikanischen Besatzungsmacht ernannte Bürgerschaft, die sie zur Vizepräsidentin des Parlaments wählte. Mit den Lübecker Zellengenossinnen, den prominenten Bremer Sozialdemokratinnen Anna Stiegler und Dora Lange, leitete sie den Bremer Frauenausschuss und gründete die Frauengilde der Konsumgenossenschaft. Mit dabei waren Hermine Berthold, Irmgard Enderle, Maria Krüger und Elisabeth Lürssen. Die von ihr angestrebte Leitung des Jugendamtes musste sie ablehnen. Ihre Partei war dagegen. Aufsehen erregt Käthe Popall am 18. Juli 1946 mit ihrer ersten Bürgerschaftsrede. Jugendverwahrlosung und die Folgen sexueller Beziehungen zwischen den einheimischen Frauen und den

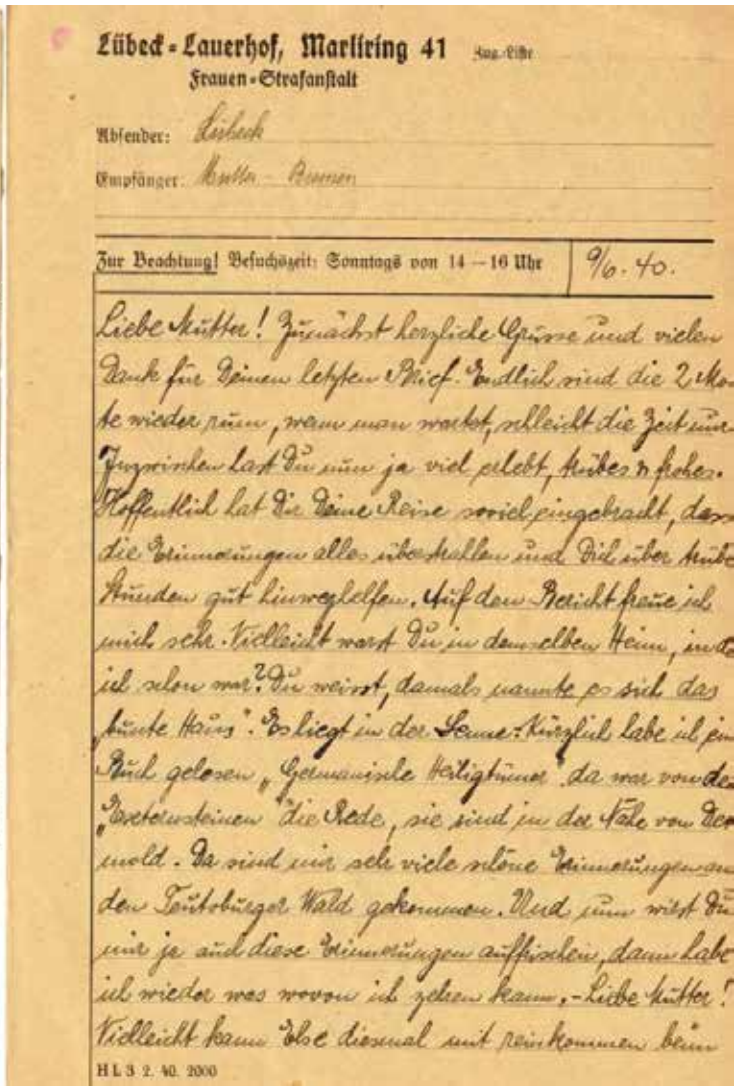


FRAUENZUCHTHAUS
JAUER

Jauer, den 4. 6. 1947

Absender: Käte Lübeck

Liebe Mutter, liebe Else! Zuerst herzliche Grüße für Euch! Leider habe ich auf meinen letzten Brief noch keine Antwort und weiß daher gar nicht, wie es Euch geht. Antwortet mir doch bitte gleich auf diesen Brief, damit ich Gewißheit habe. Hier geht es gesundheitlich gut, ich arbeite nach wie vor im demselben Betrieb und möchte hier gern den Rest meiner Strafe (Leute genau noch 3 Jahre) abmachen. Die Arbeit gefällt mir, sie ist mir nicht zu schwer. Meine Bronchien hatte ich ja sehr Luft, aber ich bin für Feldarbeit nicht kräftig genug und es ist für mich auch zu ungesund. Hier hatte ich es ein, mache Dir meinetwegen ja keine Gedanken, liebe Mutter. Mache Du und Else Dir nur Sorge um Deine eigenen Wollsachen, Ihr beide, hatt es schwer genug. Wenn Else mich mal besuchen könnte, würde ich mich sehr freuen, es würde mir für lange Zeit neuen Mut geben. Liebe Mutter! Wenn Du mir wiederschreibst, schreibe mir recht viel von Dir. Ich denke soviel an Euch, besonders jetzt, wo ich ganz allein [redacted] bin. Bleibt Ihr nur gesund, wir beide wollen doch noch ein paar Jahre zusammen sein und



Lübeck-Lauerhof, Marlring 41
Frauen-Strafanstalt

Absender: Lübeck

Empfänger: Mutter Bremen

Zur Beachtung! Besuchszeit: Sonntags von 14 – 16 Uhr | 9/6.40.

Liebe Mutter! Zunächst herzliche Grüße und vielen Dank für Deinen letzten Brief. Endlich sind die 2 Monate wieder rum, wenn man wartet, scheint die Zeit nur langsam. Du hast Du nun ja viel erlebt, hoffentlich gut. Hoffentlich hat die Deine Reise soviel eingebracht, daß die Erinnerungen alles übertreffen und Dich über trübe Stunden gut hinweghelfen. Auf dem Reichtpfade ich mich sehr. Vielleicht warst Du in demselben Heim, in dem ich schon war? Du weißt, damals nannte es sich das „bunte Haus". Es liegt in der Sonne. Kürzlich habe ich ein Buch gelesen, „Gemeinsame Heiligtümer" da war von den Bretterhäusern die Rede, sie sind in der Nähe von Berenwald. Da sind mir sehr viele schöne Erinnerungen an den Teutoburger Wald gekommen. Und nun mußt Du mir ja auch diese Erinnerungen auffrischen, dann habe ich wieder was davon, ich zehren kann. – Liebe Mutter! Vielleicht kann Else diesmal mit reinkommen beim

HLS 2. 40. 2000

Briefe aus den Frauenzuchthäusern Lübeck und Jauer

Soldaten der Besatzungsmächte beunruhigten damals nicht nur die politischen Parteien und die Wohlfahrts- und Gesundheitsbehörden. In der Senatssitzung vom 12. Juni 1946 heißt es knapp und kurz: „Herr Senator Dr. Wilhelm Nolting-Hauff wies auf das Verhalten gewisser deutscher Frauen gegenüber Negern hin und begründete die Notwendigkeit, gegen diese Frauen etwas zu unternehmen." Ließ sich dieses soziale Problem so einfach lösen? Für Käthe Popall handelte es sich dabei um mehr als um die Frage des Umgangs mit „Straßenmädchen", ein Problem, das mit polizeilichen Maßnahmen allein nicht zu lösen war und ist.

Ihrem zweiten Mann Reinhard Popall, den sie am 19. Januar 1946 geheiratet hatte und den die Partei ihr gleich wieder nahm, weil er vom 14. Juni 1946 bis zum 25. Januar 1947 zu einem Lehrgang für Spitzenfunktionäre nach Berlin delegiert wurde, schreibt sie im Juli 1946 dazu: „Meine Jungfernrede in der Bürgerschaft. Freue Dich mit mir, beides ist mir gut gelungen. In dem Funkprogramm „Hier sprechen die Parteien" habe ich als erste Frau gesprochen und in der Bürgerschaft auch. Ich war zugleich Protokollführerin oben im Präsidium, weder vor noch nach der Rede konnte ich den Federhalter halten, so nervös war ich. Nun ist es vorbei. Unsere Fraktion hat gestrahlt und SPD hat erklärt, das wäre die beste Rede gewesen, die bisher (seit 1945) in der Bürgerschaft gehalten worden wäre. Morgens bekam ich im Büro gleich Blumen, und als ich im Wirtschaftsamt war, kam der SPD-Fraktionsführer und schüttelte mit herzlich die Hand. Das war mir alles ein bisschen peinlich, aber ich freute mich doch."

Käthe Popall geht es in der Rede vom 18. Juli 1946 um die „Hauptnotwendigkeit, der Jugend Arbeit zu geben und sie sesshaft zu machen". Das Heim am Halmerweg, damals geleitet von Laien, die „die soziale Not am eigenen Leibe gespürt haben" und die (wie Gustav Böhrnsen oder Fritz Hallerstede) aus der „sozialistischen Jugendbewegung" kamen, galt für sie als Modell. Sie plädiert dafür, „mit Hilfe der Gewerkschaften eine grundlegende Änderung der Stellung der Hausgehilfinnen" durchzusetzen und klassische Männerberufe in Frauentätigkeiten z.B. bei der Straßenbahn und Eisenbahn umzuwandeln. Die Schule habe dabei voranzugehen. Man könne vor

allem von den alten Bremer Versuchsschulen in der Helgoländer- und in der Stader Straße lernen. Diese Rede beeindruckte auch die Mitglieder des Senats. Der Schulsenator Christian Paulmann (SPD) schlug Bürgermeister Wilhelm Kaisen vor, Käthe Popall anstelle der zur SPD übergewechselten KP-Senatoren Ehlers und Wolters für die KPD in den Senat zu berufen. So wurde die Kommunistin Käthe Popall am 1. August 1946 als erste Frau Senatorin für das Gesundheitswesen. Und das zu einem Zeitpunkt, als zwei NS-Wehrwirtschaftsführer aus dem Senat ausscheiden mussten und der damalige Präsident des Gesundheitsamtes, Dr. Carl Stade, sich selbst Hoffnung auf den Senatsposten gemacht hatte. Die Folge war: „Im Amt Kesseltreiben gegen mich. Nie ein Wort zu mir, nur Intrigen. Meldung bei der Militärregierung, Denkschrift gegen mich an den Senat". Und im Dezember 1946 heißt es: „Ich bin noch im Büro. Meine 12 Stunden habe ich zwar schon rum, aber es zieht mich nichts nach Hause, denn hier ist es warm…Wieder war ich sehr krank. Nervenknacks. Es waren schlimme Stunden. Nun bin ich wieder durch ... Mein Schicksal in der Behörde ist noch unentschieden. Der Senat steht 100%ig hinter mir. Mit den schmutzigsten Mitteln arbeitet man gegen mich. Jeden Tag neue Gemeinheiten. Gestern hat man mir den Schreibtisch durchwühlt. …Zum ersten Mal war ich mit Aenne im Kino. Wir hatten Freikarten geerbt."

Auf Vorschlag von Bürgermeister Kaisen wechselte Käthe Popall das Senatsressort und übernahm das Wohlfahrtsamt, das Flüchtlingsamt und die Wiedergutmachung. Im Flüchtlingsamt sorgte sie dafür, dass die Flüchtlinge aus dem Lager Riespott, dem ehemaligen KZ-Außenlager von Neuengamme, in die Huckelrieder Kaserne umgesiedelt wurden. Dadurch bekamen sie nicht nur bessere Lebensbedingungen, sondern zugleich auch das Wohnrecht in Bremen. Im Lager Riespott „residierten" anschließend prominente NS-Täter, die bald wieder zu ihren Nachkriegskarrieren aufbrechen konnten.

Als Senatorin nun auch für Fragen der Wiedergutmachung zuständig, hielt Käthe Popall am 13. März 1947 eine viel beachtete Rede zur Jugendamnestie. Ihre letzte Reden als Senatorin galten am 10. Juli und am 15. September 1947 dem Problem der gesetzlichen Neuregelung des § 218 StGB.

Käthe Popall hatte sich trotz aller Gegnerschaft durchgesetzt und Anerkennung erworben. Aber im Februar 1948 schied sie mit anderen Kommunisten aus dem Senat aus. Die Zustimmung zum Marshall-Plan mit der Westorientierung bedeutete das Ende der Arbeit der Senatorin; sie wirkte aber weiter bis 1951 als KP-Abgeordnete in der Bürgerschaft. Die Kandidatur zum ersten Bundestag scheiterte. Die Krankheiten mehrten sich. Ab Juli 1947 ist sie jährlich schweren Operationen ausgesetzt. Dazu kommen ab 1948 zunehmende Konflikte mit der Partei. Sie kulminieren in einem Parteiausschlussverfahren von 1952. „Mein schlimmstes Erlebnis war unser Parteiausschlussverfahren. Es überschattet alles andere, denn es ist leichter, von Feinden verfolgt zu werden, als von den Freunden. Aber vielleicht überwinde ich auch das noch irgendwann" schrieb sie mir noch am 2. März 1981. Anlass zum Parteiordnungsverfahren gab die kritische Bemerkung von Käthe und Reinhold Popall, der als Betriebsrat auf der AG Weser tätig war: „Selbst wenn Stalin verhandelt und mit Feinden der Arbeiterklasse Verträge abschließt, muss man ihn zur Verantwortung ziehen. Denn eine Alleinmacht ist eines Kommunisten unwürdig, wenn sie gegen die Interessen der Arbeiterklasse verstößt", schrieben die beiden als „Parteifeinde" verfemten Popalls in ihrer „Selbstkritik" von 1952. Und sie konterten den Vorwurf, der „Agentin" Margarethe

Käthe Popall, Senator a. D.
(KDP bis 1956), heute parteilos

Im Allgemeinen kann der Mensch nur das verstehen, was er selbst erlebt hat. Und hier liegt das Problem jedes Forschungs- und Erlebnisberichtes. Trotzdem habe ich mich bereit erklärt, daran mitzuarbeiten und war sehr erfreut, dabei Menschen zu finden, die 1933 und auch heute gewillt sind, über alle Parteigrenzen hinweg, miteinander zu reden und zu handeln. Denn es kommt darauf an, sich an diejenigen Altersgenossen zu wenden, die die Entstehung und Hintergründe des Faschismus, damals und auch heute noch nicht erkannt haben. Es kommt darauf an, sie aufzufordern nachzudenken, sich zu erinnern, sich hineinzudenken und zu verstehen, was uns bewegt hat, Widerstand zu leisten.

Die Studie wendet sich aber besonders an die Jugend, weil sie die Zukunft gestalten wird. Denn die Aufgaben, die wir uns gestellt haben, sind unvollendet, das Ziel, für das wir unser Leben einsetzten, ist noch längst nicht erreicht. Wir möchten verstanden werden. Das schließt aber die Notwendigkeit ein, den zurückgelegten Weg kritisch zu betrachten und Fehler und Irrtümer klar und deutlich als solche zu bezeichnen. Und es sind in der Weimarer Republik Fehler gemacht worden, die entscheidend den Sieg des Faschismus ermöglicht haben. Ich begrüße, daß die Studie diese Fehler aufzeigt, denn nur so kann man Lehren daraus ziehen, und eine Wiederholung ausschließen. Ich wünsche, daß die Studie viel Erfolg hat und daß sie Arbeiter, die resigniert und ängstlich beiseite stehen, aufrütteln kann und ihnen klarmacht, *daß es lebensnotwendig ist, sich zusammenzufinden,* heute aktiv zu werden, und *gemeinsam* zu handeln. Denn nur die Einheit der Arbeiterklasse kann die heutigen Probleme aus der Welt schaffen, nur durch die Einheit der Arbeiterklasse, kann ein neues 1933 mit Faschismus und Krieg, verhindert werden.

Buber-Neumann Material für das beanstandete Buch „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“ gegeben zu haben, mit dem Hinweis, dass in dieser Sache noch andere KP-Genossen verdächtigt seien.[2] Am 16. Februar 1952 eröffnete das Parteiorgan „Tribüne der Demokratie“ die Auseinandersetzung mit den „Opportunisten und Parteifeinden“[3]. Mit einbezogen in die Kampagne wurden die KPD-Betriebsräte bei Borgward Erwin Heinemann, Karl Grobe, Paul Kratsch und Willy Elmers; denn sie „kolportierten auch das Brandler-Argument, dass zwischen SED und Arbeiterklasse eine große Kluft bestände“[4]. Während ihr Mann aus der Partei ausgestoßen wurde, wehrte sie sich mit Unterstützung ihrer Parteiuntergliederung erfolgreich gegen den Ausschluss. Erst nach dem Verbot der KPD erklärte sie ihren Austritt und floh mit ihrem Mann nach 1956 aus Bremen. Sie kehrte erst 1984, schon von der Krebskrankheit gezeichnet, in ihre alte Wirkungsstatte zurück. Nicht nur für die Anhänger der Linken war, ist und bleibt sie das Vorbild einer tapferen, unbeugsamen Frau im einfachen und zugleich präzisen Sinn. Sie gehört mit Maria Krüger, geschiedene Bücking, zu der 1906/07 geborenen Generation der unbeugsamen, konsequenten KämpferInnen für eine bessere Welt. Eine Frau des aufrechten Gangs, die sich nicht beugen ließ - und die sich nie unhinterfragt vereinnahmen ließ.

Eine Dokumentation über Käthe Popall wird im Rahmen der Ausstellung zum Europäischen Widerstand am 28. Januar in der Unteren Rathaushalle um 18:00 Uhr von dem Autor dieses Artikels Prof. J. Wollenberg gezeigt.

Käthe Popall - ein schwieriges politisches Leben : erzählte Geschichte., bearbeitet von Peter Alheit und Jörg Wollenberg Verlag: Fischerhude : Verlag Atelier im Bauernhaus (1985)

[1] Käthe Popall- Ein schwieriges politisches Leben. Erzählte Geschichte bearbeitet von Peter Alheit und Jörg Wollenberg. Fischerhude 1985; Wollenberg, Heer-Kleinert, Pliegensdörfer, Müser: Von der Krise zum Faschismus. Bremer Arbeiterbewegung 1929-1933, Frankfurt/M (Cooperative) 1983; Bremen 1933-45. Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede, Bremen 1983 (Ausstellungskatalog).

[2] Margarethe Buber-Neumann (1901-1989),war die Frau von Rafael Buber, dem Sohn des jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber. In zweiter Ehe heiratete die Schwester von Babette Gross den KP-Spitzenfunktionär Heinz Neumann, der wie ihr Schwager Willy Münzenberg, Opfer der stalinistischen Verfolgung wurde. 1940 lieferte Stalin sie aufgrund des Hitler-Stalin-Abkommens mit 500 weiteren Häftlingen der Gestapo aus, darunter Wilma und Heini Landwehr aus Bremen. Sie wurde anschließend in das KZ Ravensbrück deportiert. Nach der Befreiung lebte sie als Journalistin in Frankfurt/M. und verfasste mehrere umstrittene Werke zur Zeitgeschichte, u. a. “Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel“. Ullstein, München 2002 [1. Aufl. 1949]

[3] Vgl. dazu auch den Bericht in der Bremer Volkszeitung (SPD) vom 9.8.1952: „Neuer Krach in der KP Bremen“

[4] Tribüne der Demokratie, 1. Mai 1955: Festigt die Partei im Kampf gegen den Opportunismus!

Italien: Textilarbeiterinnen

Meine beiden ehemaligen Nachbarinnen haben mir viel über ihre Arbeit in der Baumwollspinnerei und -weberei Cotonificio P. in M. (Norditalien) und der damaligen Zeit erzählt. Eine der beiden kam mit ihrem Mann nach dem Krieg aus der Region Venetien als Arbeitsmigrantin nach M.

Das Thema Arbeits- und Wirtschaftsmigration, noch heute aktuell in Europa und der Welt. Die andere, in M. geboren, war noch ein so junges Mädchen, wenn nicht noch Kind, als sie mit der Arbeit in der Fabrik anfing, dass sie anfangs noch einen Schemel unter die Füße geschoben bekam, um die Maschine bedienen zu können. Es mag in den 1920er Jahren gewesen sein. Mit dem Bau des Cotonificio P. und der dorfähnlich angelegten Arbeitersiedlung wurde 1865 begonnen.

Baumwolle wurde versponnen und zu Stoffen gewebt. Der Ort M. war eigentlich Werkssiedlung und um die Fabrik herum entstanden, mit allem, was dazu gehörte: Krippe, Kindergarten, Arzt, Lebensmittelgeschäft, andere Läden, Gemeinschaftsküche, Pensionat für unverheiratete Arbeiterinnen und natürlich Werkswohnungen. Beide Frauen wohnten weniger als fünf Minuten von ihrer Arbeitsstelle entfernt. Günstig, denn je näher dran, desto kürzer die Mittagspause, desto länger der Arbeitstag. Beide haben einen großen Teil ihres Lebens an den Textilmaschinen verbracht. Genauso auch Familienmitglieder: die Eltern in dem einen Fall, der Ehemann im anderen Fall. Für alles war gesorgt in der *modernen* Arbeitersiedlung um das Cotonificio P. herum. Dafür waren beide Frauen retrospektiv dankbar. Mit Nostalgie behaftet, dieser Rückblick?

Denn ein Arbeitstag in der damaligen Zeit war bestimmt kein Zuckerschlecken. Und so viel Sicherheit und Hilfe die Arbeitersiedlung und ihre Einrichtungen (z.B. auch eine Anlaufstelle der Società Operaia di Mutuo Soccorso, eine der deutschen Arbeiterwohlfahrt entsprechenden Vereinigung) auch gab, desto mehr war man (wohl) auch von ihr abhängig. Die Kinderkrippe gibt es heute noch, daneben lag die Nähschule, in der auch eine meiner beiden Nachbarinnen Nähen gelernt hatte. Die eine zog aus den Betriebsunterkünften mit ihrem Mann aus und kam später wieder. Die andere lebte seit ihrer Migration aus dem Veneto bis zum Tod ihres Mannes in derselben Wohnung der Arbeitersiedlung. Die Linde, die noch heute am Ortseingang steht, hat eine unvorstellbare Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen gesehen, die über die alte Brücke zur Fabrik strömten. So wurde es mir erzählt.

Zu Beginn des 20. Jh. waren es um die 3.000. Am Kanal vor dem Haus wurde Wäsche gewaschen, gleichzeitig diente er (durch Wasser aus dem Gebirgsfluss gespeist) dazu, den Generator in der Fabrik anzutreiben. Strom wurde erzeugt (und so ist es bis heute geblieben). Der Ring (im Italienischen Abkürzung für Ringspinnmaschine) ist für mich aufgrund dieser beiden Zeitzeuginnen unweigerlich zum Symbol für die industrielle Revolution geworden. Vielleicht auch deswegen, weil dieses Wort nicht aus unserem Wortschatz verschwunden ist. Noch heute ist es eines der wichtigsten Spinnverfahren der Welt. Unerträglich laut muss es gewesen sein in den Fabrikhallen, ganz besonders natürlich in der Weberei. Trugen die Arbeiter schon so etwas wie Ohrstöpsel?

Die Fabrik ein Dorf, das Dorf die Fabrik, die im Mittelpunkt des Lebens und der Familie stand. Und am Sonntag durfte man im Park des Fabrikbesitzers (samt Villa mit weit sichtbarem Uhrenturm erhöht über dem Dorf gelegen) spazieren gehen! Ein Privileg?!

Bettina Weise

Bettina Weise, ich bin 1960 in Bremen geboren. Seit 1979 lebe ich in Norditalien. Mein Mann ist Italiener. Unsere gemeinsame Tochter ist den umgekehrten Weg gegangen und studiert zur Zeit in Deutschland. Hauptberuflich bin ich Übersetzerin, arbeite aber auch als Deutsch-Lektorin am Gymnasium.

Antriebsriemen und Schwungräder bestimmen das Innere des Werks

Wie geht es mit der Planung des neuen Hulsberg Viertels weiter?

Der erste Entwurf der Baubehörde für den Bebauungsplan 2450 liegt inzwischen der Bau-Deputation vor. Wie in den letzten Ausgaben der „Wir“ schon berichtet, sind viele wichtige Punkte wie Erhalt von Bestandsgebäuden, insbesondere des „Bettenhauses“, Parkhaus und Quartiersgaragen, ein Mobilitätskonzept für die Klinik und das Neubauviertel, Fällung von (wieviel?) Bäumen, Anteil des sozialen Wohnungsbaues im neuen Quartier sowie die Vermarktung der Grundstücke (Verkauf zum Festpreis bei Vorlage eines überzeugenden Konzeptes oder gegen Höchstgebot) weiterhin politisch hart umkämpft.

Wahrscheinlich wird der Beschluss über den Inhalt des Bebauungsplanes in der April-Sitzung der Bau-Deputation gefasst werden. Mitten im Wahlkampf!

Andererseits wird sich der tatsächliche Baubeginn im neuen Quartier durch die Schwierigkeiten beim Neubau des Klinikums weiter verzögern. Vor 2017 ist nicht mit dem „ersten Spatenstich“ zu rechnen.

Die Initiative zur Gründung einer Stadtteil-Genossenschaft hat sich am 30. Oktober und Anfang Dezember 2014 getroffen; die Veranstaltungen waren mit 92 bzw. 56 TeilnehmerInnen gut besucht.

Die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen einer Genossenschaft wurden erläutert; besonders die Fragen der Finanzierung, Einwerbung von Direktkrediten und Eigenkapital wurden lebhaft diskutiert; aus den (arbeitsreichen) Erfahrungen der Genossenschaft „anders Wohnen“, die seit 1995 im eigenen Haus in der Neustadt lebt, wurde berichtet.

Besonders interessant waren die von einem Architekten vorgestellten ersten Umbaupläne für das Bettenhaus.

Protokolle etc. und alle zukünftigen Termine findet man auf der Internet Seite der Baubehörde, auf der auch die Initiativen ihre Informationen einstellen dürfen:

www.neues-hulsberg.de

Bei weiteren Fragen zur Genossenschaft könnt Ihr auch Margot Müller
Tel. 453604 und mueller@hemelingen-archiv.de direkt anrufen bzw. mailen.

Leserbrief zum ersten Weltkrieg

Ich bin 85 Jahre alt und habe durch meine Großmutter, deren Mann in Frankreich gefallen ist, viel über den Weltkrieg gehört.

Durch den Krieg wurden die Frauen selbständiger, weil sie alles selber entscheiden mussten. Es war die Steckrüben- und Kartoffelzeit, denn es gab ja nichts anderes. Die große Geldentwertung, was damals 100 Mark kostete und am nächsten Tag eine Million, auch die Arbeitslosigkeit – es war eine schlimme Zeit. Durch Ottilie Hoffmann, die eine Suppenküche ins Leben rief, wurde die Armut etwas gelindert. Später gab es in allen Stadtteilen eine Suppenküche, man musste nicht mehr so weit laufen für etwas Suppe.

In den Wallanlagen gibt es eine Heldengedenkstätte. Da sind die Namen der gefallenen Soldaten aus Bremen verewigt. Meine Tante hat später die Grabstelle von meinem Großvater in Frankreich gefunden.

Ich habe mit Interesse eure Zeitung gelesen. So habe ich einiges besser verstanden, was meine Großmutter mir erzählte. Ich wünsche euch weiterhin viel Erfolg für eure Zeitung.

Gerda Heller, Bremen

Der 1. Oktober – Tag der älteren Generation

Auch 2014 wurde der Internationale Tag der älteren Generation in Bremen auf dem „Hanseatenhof“ begangen – zum vierten Mal und mit wachsendem Zuspruch. Der Tag wurde 1990 von der UNO ins Leben gerufen und soll auf die Situation und Belange älterer Menschen aufmerksam machen.

Inzwischen beteiligt sich neben DGB und Einzelgewerkschaften eine wachsende Zahl an Organisationen und Verbänden aus dem sozialen Bereich sowie mehrere Parteien an diesem Tag. Auch junge Menschen sind aktiv dabei.

Das bunte Programm aus ein paar Reden, viel Musik, Kabarett und Sketchen lockte bei strahlendem Wetter mehr Besucher an als in den anderen Jahren. Den Musikern und Musikerinnen des 1. Bremer Ukulelen-Orchesters und der Gruppe Pflegenotstand sowie den Senioren-Kabarett-Teams unter Leitung von Gabi-Grete Kellerhoff wurde viel Applaus gespendet. Die Sitzgelegenheiten sowie der Stand für Kaffee und Kuchen wurden eifrig frequentiert.

Zum diesjährigen Motto „Wohnen selbstbestimmt und bezahlbar“ sprach Joachim Barloschky vom Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen, außerdem Schirmherr Dr. Klaus Hübotter. Von Gewerkschaftsseite begrüßte Daniela Teppich vom DGB die Besucher, ver.di Geschäftsführer Rainer Kuhn sowie Ute Buggeln, 2. Bevollmächtigte der IG Metall sprachen.

2015 hoffen wir auf einen ebenso erfolgreiches Gelingen.
Inge Markowsky

Frieden

Glück

Gesundheit

Freude am Leben

keine Altersarmut

Gemeinwohl

Die Mitglieder des Redaktionsteams wünschen Euch für das Jahr 2015

Kein TTIP

mehr Demokratie wagen

Zufriedenheit

Solidarität

Impressum:

Die Zeitung wird gefördert durch die GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Wolfgang Bielenberg, GEW, Detlef Dahlke, IGM,
Traudel Kassel, ver.di,
Hugo Köser, IGM, Inge Markowsky, ver.di,
Margot Müller, Karla Vendt, ver.di,
Günther Wesemann, ver.di, Brigitte Wilkening, ver.di,
Hermann Wilkening, IGM

V.i.S.d.P.
Manfred Weule
Redaktionsadresse:
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,
Tel.: 0421 / 960 89 12
e-mail: m.weule@aulbremen.de
e-mail: hugo.koeser@web.de
(Bitte Briefe an beide Adressen zuschicken)

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen